

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 46.

Donnerstag, den 24. Februar 1921

161. Jahrgang.

Tageschronik

Die deutsche Delegation unter Führung Dr. Simons' reist am Sonntag nach London.

Nach keine Entscheidung über die Regierungsbildung in Preußen.

Die Abstimmung in Oberschlesien endgültig auf den 20. März festgelegt.

General Zerow mischt sich in die deutsche Politik ein.

Deutsche Politiker im besetzten Gebiet verhaftet.

Sten des amerikanischen Standpunktes in der Rabeifrage.

Neues Aufsehen der Gegenrevolution in Russland.

Wladimir Kopp kehrt nach Berlin zurück.

Annahme der Meißener im Reichswirtschaftsrat.

Die Regierungsbildung in Preußen.

Vorläufig keine Entscheidung.

Berlin, 24. Febr. Wie wir erfahren, sind die Reichstagsfraktionen gestern zu einer interfraktionellen Besprechung der Frage der Regierungsbildung in Preußen und der etwaigen Koalitionserweiterung im Reich zusammengetreten. Laut „Vor-Anz.“ heißt die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, deren Vorstand gestern sagte, nach wie vor in der Bildung der Einheitsfront von den Deutschen nationalen bis zu den Arbeiterparteiern liegt das unter allen Umständen anzustrebende Ziel. Die Deutschen nationalen sind zu Verhandlungen bereit. Die Arbeiterpartei der Einheitsfront will die Deutsche Volkspartei eine bürgerliche Koalition im Landtag anstreben. Sollten beide Versuche fehlschlagen, so wäre eine Winderbeitzregierung wie im Reich möglich. Sollte man aber die Deutsche Volkspartei zum Eintritt in die preussische Regierung auffordern, so wäre sie vermutlich auch bereit.

In der Zentrumsfraktion lehnt man nach wie vor eine Erweiterung nach rechts ab, womit die von den Deutschnationalen angestrebte Rechtskoalition illusorisch werden dürfte. Die Sozialisten verhalten sich sehr zurückhaltend, so, wie eine Erweiterung der Regierungskoalition nur dann geneigt zu sein, wenn etwa die Deutsche Volkspartei an die bisherigen Regierungsparteien herantreten sollte. Eine Entscheidung über etwaige Umgruppierungen im Reich und in Preußen ist kaum vor dem Zusammentritt des Landtags zu erwarten.

Laut „Vor-Anz.“ wollte das preussische Kabinett gestern Abend in seiner ersten Sitzung nach den Wahlen den formellen Beschluß zur Demission fassen, die sich in der Form vollzieht, daß die einzelnen Minister, dem Ministerpräsidenten ihre Rücktrittsgesuche übermitteln, der dann scheinbar dem Landtagspräsidenten seine Demission gibt.

Der neue Landtag.

Das amtliche Wahlergebnis.

Nach den amtlichen Berechnungen des Landeswahlleiters setzt sich der Preussische Landtag aus 428 Abgeordneten zusammen, davon entsallen auf die Sozialdemokraten aus den Kreiswahlvorschlägen 97, aus den Reichstimmen 10, aus Oberschlesien 7, zusammen 114 Abgeordnete.

Zentrum 64 plus 6 plus 11, zusammen 81.

Demokraten 14 plus 11 plus 1, zusammen 26.

Deutschnationalen 62 plus 12 plus 1, zusammen 75.

Unabhängigen 18 plus 9 plus 2, zusammen 29.

Deutsche Volkspartei 48 plus 10, zusammen 58.

Republikanische Kommunisten 20 plus 10, zusammen 30.

Deutsche Bauernvereiner 9 plus 2, zusammen 11.

Wirtschaftspartei des Mittelstandes 1 plus 3, auf 4.

Entscheidung der Dänen in Schleswig.

Die dänische Zeitung „Ejendind“, das Sprachrohr des früheren Ministers für Schleswig-Danien registriert den bedeutenden Rückgang der dänischen Stimmen im Schleswig und Mittel-Schleswig bei der Reichstagswahl als scharfes Zeugnis auf die dänischen nationalen Kräfte südlich der Grenze. Das Ergebnis sei eine neue Enttäuschung.

Amerikas Einspruch in der Mandatsfrage.

Paris, 23. Febr. In seiner Antwort auf das von dem amerikanischen Botschafter Wallace überreichte Schreiben der amerikanischen Regierung sagt der Präsident des Völkerbundes Dr. Da Cunha, entsprechend dem gedruckten

Die deutsche Delegation für London.

Dr. Simons Hauptdelegierter.

Im Reichskabinett wurde beschlossen, daß Außenminister Dr. Simons als Hauptdelegierter nach London geht. Ueber die Teilnahme des Reichsfinanzministers Dr. Wirth wurde eine einstimmige Entscheidung noch nicht getroffen; es ist möglich, daß er in Berlin bleibt. Zum Reichsaussenministerium werden Dr. Simons beistehen: Staatssekretär Goepfert und Ministerialdirektor v. Simon, vom Finanzministerium die Staatssekretäre Bergmann und Schröder, vom Wehrministerium General v. Seede oder General v. Franke, außerdem höhere Beamte des Reichswirtschaftsministeriums.

Das Bureau der Delegation (30 Personen) reist bereits am Sonntag nach London ab, die eigentliche Delegation erst am Sonntag Mittag 12 Uhr im Sonderzug.

Die dem Reichskabinett bereits zugegangene Denkschrift des Sachverständigenausschusses über die deutschen Gegenforderungen ist noch nicht endgültig formuliert, am Freitag dürften aber die Vorschläge der Öffentlichkeit in ihren Grundzügen bekannt gegeben werden. Man sieht aus dem Standpunkt, daß es ummöglich ist, das deutsche Programm nach seiner Fertigstellung zurückzuziehen und den Alliierten erst in London bekannt zu geben. Das gesamte Material soll daher nach erfolgter Einigung über den endgültigen Wortlaut veröffentlicht werden.

Die Richtlinien der Alliierten.

„Evening Standard“ schreibt über die augenblickliche Lage, in London sei über eine Revision der in Paris beschlossenen Reparationsbedingungen nicht gesprochen worden und eine solche werde auch nicht in Betracht gezogen, ehe die Deutschen in London ihren Fall darlegen könnten. England und Frankreich seien darin einig, daß die schärfsten Bedingungen vermindert seien und im wesentlichen aufrechterhalten werden müßten. Die britische öffentliche Meinung würde eine Erzwingung der Bedingungen mit militärischen Mitteln bedauern, aber es dünkte ein wirtschaftlicher Druck durch Errichtung einer Zollzone zwischen dem Rheinland und dem übrigen Deutschland und Verlingerung der Besatzungsdauer ausreicht werden.

Der 20. März

Oberschlesiens Schicksalstag.

Nach amtlicher Mitteilung der internationalen Kommission in Oppeln findet die Volksabstimmung für alle Stimmberechtigten am Sonntag, den 20. März 1921, statt.

Entscheidung der Rabeifrage zugunsten Amerikas.

Paris, 24. Febr. In der Rabeifrage hat Frankreich den amerikanischen Standpunkt angenommen. Auch England stimmt zu, daß das Rabel von Vren den Vereinigten Staaten zuerkannt wird. Frankreich würde dies zugestanden, nachdem Amerika erklärt hatte, daß es Marzelen ergreifen werde, falls bis 15. März nicht eine endgültige Entscheidung von der Konferenz getroffen werde.

Wahrscheinlich werde jede endgültige Entscheidung über die Verantwortung in Behandlung befindlichen Mandate bis zum Eintreffen der angeforderten amerikanischen Mitteilung hinausgeschoben. Die genehmigte zur Beratung stehenden Vorwürfe betreffen sich auf Kleinfeste und Zentralafrika. Die Beschlüsse über die Mandate über die Inseln des Südpazifiks und das frühere Deutsch-Südwestafrika seien seit über 2 Monaten endgültig gefaßt.

Nach Meldung aus Washington beruhe das Vorgehen des Staatsdepartements auf seiner Ansicht, daß der Völkerbundrat eine fortwährende Mission hat, in der Frage der Mandate für Neopolinien und Kleinfeste.

Laut „New York Herald“ erlaubt man in Völkerbundstreffen, Amerika wolle die Mandatsfragen neuerdings aufrollen, legt, wo die Alliierten die finanzielle Unterstützung von Amerika haben. England und Japan können in der Mandatsfrage zuzunander, dagegen werde Frankreich seinen Einspruch gegen Verwirklichung der amerikanischen Einsprüche erheben.

Um Oberschlesien.

Die Londoner Konferenz, die sich nun auch mit den Wahlen und der Abstimmung in Oberschlesien beschäftigen mußte, hat entschieden, daß die Abstimmung am 20. März stattfinden soll. Die bisher verbreiteten Gerüchte, daß man eine gezielte Abstimmung der Einheitsfront und der Wohlwärtigen vornehmen lassen, haben sich nicht bestätigt. Die Londoner Konferenz hat, wie es scheint, den Friedensvertrag noch einmal studiert und wohl gefunden, daß man ihn vollständig an dem würde durch Bestimmungen, die die Wahl in Oberschlesien zu beeinflussen in der Lage wären. Schluß das Gerüchten? Man könnte es annehmen. Und doch darf man mehr zu der anderen Ansicht neigen, die sich aus der politischen Stellung Englands zu Frankreich ergibt. England war die treibende Kraft, die Frankreich mit seinen Plänen in Oberschlesien auf Trab setzte. Was Frankreich in Oberschlesien will, ist bekannt. Es zeigt mehr und mehr zu Polen, es gab Geld, es gab Unterstützung an Truppen und Munition an Geschützen und Kanonen und hätte die polnische Unzufriedenheit Polen versprochen Frankreich dafür Vorteile über Vorteile, es gebierte Frankreich alles. Frankreich darf in Polen verkaufen, kaufen, ausbeuten. Darf vor allen anderen Ländern dort sein. Schädigen ins Land bringen. Und da Polen zu klein, zu wenig ergebnis ist, hat es sein Auge auf Oberschlesien geworfen. Amerika wollte sich dort einmischen, England verbot es. Beide wurden durch die Franzosen mit Hilfe der Polen auf dem Wege gehindert. Durch bestimmte Frankreich um dem ober-schlesischen Lande, das unter polnischer Herrschaft als Ausbeutungsbetrieb vorzüglich geeignet war. Es dachte aber weiter: Oberschlesien sollte an Polen fallen. Sollte nun ein mal Polen nicht mehr in der Lage sein, Herr seiner Gebiete zu bleiben (Frankreich rechnet mehr noch als andere mit dieser Tatsache), so würde Frankreich, Volens Schicksal, seine Hand selbstverständlich auf die polnischen Gebiete legen, wo es etwas zu tunen gibt. Alles im besten Gange. Die französisch-polnische Freundschaft wird. Man arbeitet sich in die Hände. „Hohe Politik“, mit einem vorliegenden Ziel. Was außen aber wird die „Unparteiische“ herausgerufen. Man darf es den Deutschen, den anderen nicht zeigen, was man in Oberschlesien vorbereitet, darf nicht zeigen, was man will. Was wäre auch, wollte man Deutschland dieselbe Gelegenheit, die gleiche Günst bewiesen? Deutschland würde sich Oberschlesien behalten. Mit den französischen Plänen aber wäre es Ossa.

Und nun England. Es weiß sehr wohl, wie Frankreich das Spiel spielt. Es ist nicht blind. Und deshalb kann man auch nicht in Entschluß geraten über die englische große Seele, die den Friedensvertrag in sein Recht hat, sondern mit der Londoner Beschluß, den England durchgesetzt hat, so werden, wie er von England bezeugt wird: den Franzosen das Wasser abgeben. Das sollte er. Und das ist gelungen. Die gleichzeitige Wahl der Einheitsfront und Wohlwärtigen ist (entgegen den Plänen Frankreichs und Polens) zu Gunsten der Deutschen durchgesetzt. Die Jügerellen stehen nicht mehr unter der polnischen Kontrolle, können an ihrem Unmutrecht nicht mehr gehindert werden. Haben weitere Hand, können am Tage der Befestigung ihr Herz für ihre Heimat sprechen lassen. Sie danken England für den Beschluß, und wenn auch andere Gründe als britische Liebe und Zuneigung ihr bittere haben. Aber das England noch gar sechs Jahren noch Oberschlesien sehen will, um die Wahlen zu feiern, ist ein direkter Schlag gegen Frankreichs Pläne in Oberschlesien. Dieser englische Beschluß richtet sich nicht gegen die Wünsche der Polen in Oberschlesien, entspricht nicht dem Willen der Partei, dem Recht Stellung zu verschaffen, sondern allein und einzig der Furcht, es könnte den gemeinsamen Kräften der Franzosen und Polen gelingen, ihre Pläne durchzusetzen. Und das soll verhindert werden. Das sollen die englischen Truppen verhindern. Man sollte annehmen, daß man die Abstimmung verbürgt ist, wenn die Engländer führen durch was sie wollen. Auch gegen Frankreich. Und die Franzosen werden sich nun hüten müssen, in Oberschlesien allzu offensichtlich Partei zu sein. Sie werden schämen vor dem Engl. England geht also nach Oberschlesien. Es weiß, es nicht ist, wenn es sich dort ganz neutral verhält, wenn es nach außen hin den Schein des Rechts zu wahren vorgibt. Es über die französischen Pläne.

Eine alte Geschichte: Die Neutralität der Länder auf dem Erdball. Der Kampf um die Macht, um die Vorherrschaft, um Quellen und Stützpunkte. Weiß ich, das wieder hier bei Triebfeder war. Man denke: Frankreich würde groß werden. Das Rheinland stiele ihm zu, das Ruhrgebiet, selbstverständlich das Saarland, es gewinne auch, so nach und nach Oberschlesien. England würde das nie dulden. England

Deutscher Reichstag

Berlin, 23. Februar 1921.

Anträge der Staatsanwaltschaft auf Genehmigung der Strafverfolgung des Abg. Erzberger wegen Steuerhinterziehung und Kapitalflucht...

Inhalts des Arbeitsministeriums.

Arbeitsminister Braun: Der Etat schließt ab mit einem Gesamtaufwand von fast 4 Milliarden Mark...

Abg. Reiter (Soz.) beantragt, daß allen angeklagten Personen noch nicht einleitend dem Saule anheim...

Abg. Dr. Reid (Cent.) fordert ebenfalls Verrechnung der Angekl. und Inhaftierung. Bei der Erwerbslosenfürsorge darf dem Arbeiter nicht jede Verantwortung für seine Familie abgenommen werden...

Donnerstag, Weiterberatung.

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 23. Februar 1921.

Edler von Braun eröffnet die Sitzung mit Gebetsworten für das verstorbene Mitglied Legien, an dessen Stelle Th. Zepart, Vorsitzender des Abg. Deutschen Gewerkschaftsbundes eintritt...

Cohen nimmt die Wahl an und bittet den Vorsitzenden, Edler von Braun, das Amt des 1. Vorsitzenden auch für diese Plenarsitzung fortzuführen...

Es folgt der Bericht des Wohnungs- und Wohnungsausschusses zum Entwurf des Gesetzes über eine Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues (Mietsteuer).

Gemeinderat Dr. Schwarz, Direktor der Pr. Zentral-Wohnungsbehörde, berichtet über den Wohnungs- und Wohnungsausschuss...

Ministerialrat Krüger (Reichsarbeitsminister) gibt Befreiung der landwirtschaftlichen Anbaugebäude wieder für die Reichsrentner. Der Steuerersatz würde zu erheblich sein...

Ingenieur Scheller: Die Befreiung der obersten Landesbehörden, die Aufsichtsämter der Gemeinden zur Erhebung von Lutzsteuern zu genehmigen, müßte getrieben werden.

Die Vorlage wird mit einem Antrag Wiffel (seine Anträge für Spekulationssteuer) und einem Antrag Sante (Befreiung der Steuerfreiheit für gewerbliche öffentliche Unternehmen) angenommen.

Donnerstag: Tagesordnung zu den Pariser Beschlüssen und zu der Londoner Konferenz.

Politische Rundschau

Wenn die Rheinlandkommission „besiegt“...

Die interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz hat nachstehende Beschlüsse gefaßt: Jede der alliierten und assoziierten Armeen hat das Recht, für die eigenen Bedürfnisse und die der Rheinlandkommission...

Die Rheinlandkommission hat beschlossen, die von den Besatzmächten ergriffenen Maßnahmen, die den Interessen der Bevölkerung zuwiderlaufen, zu untersuchen...

Die Rheinlandkommission hat beschlossen, die von den Besatzmächten ergriffenen Maßnahmen, die den Interessen der Bevölkerung zuwiderlaufen, zu untersuchen...

Die deutsche Steuerlast.

Die in Brüssel der internationalen Finanzkonferenz mitgeteilte deutsche Steuerlast beträgt 73,37 Mrd. Mark...

Die Erdbäuer-Thyssen-Bank.

In der Berliner Moonstraße und zwar im Hause der ehemaligen Österreich-ungarischen Botschaft wird sich die Thyssen-Bank für Grundbesitz, Handel und Industrie bilden...

Die deutsche Ausfuhr nach England.

Im englischen Unterhaus erklärte der Parlamentssekretär des Handelsministeriums, daß die Gesamtsumme der deutschen Ausfuhr nach England sich im dritten Viertel des Jahres 1920 auf 874,000 Pfund Sterling betragen habe...

Die Erhöhung der Rentner-Pensionen.

Die Gesamtsumme zur Erhöhung der Rentner-Pensionen beträgt die Rentner aus dem Jahre 1864, 66 und 70/71 auf 11 Millionen Tonne...

Die Ernte dieses Jahres betragt nach Schätzung der Reichsstatistik 7 Millionen Tonne Getreide, 4 Millionen Tonne Mais, insgesamt also 13 1/2 Millionen Tonne...

Die vorläufigen Zahlungen auf die Körperschaftsteuer.

Der Reichstag nahm am Montag u. a. den Beschlüssen über vorläufige Zahlungen auf die Körperschaftsteuer an...

Angenommen wurde noch die Vorlage zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen zwischen dem Deutschen Reich und der freien Stadt Danzig...

Der Schatz der Habäer

Roman von E. Tracy (Nachdruck verboten.)

„Es ist verlorene Arbeit, Herr de Beauregard, mich anderen Sinnes machen zu wollen. Ich würde lieber auf der Stelle unvertretbar umkehren, als nach Ihrem sonderbaren Räte handeln.“

„Lassen Sie mich mitgehen, Herr von Solmitten!“ sagte sie unbefangenen. „Ich sehe das Herabfallen des Alters so gerne.“

haben doch, wie ich meine, es werden in wern von und Gönne besprochen. Und Sie werden sich damit abfinden müssen, daß es bei unseren damaligen Verhältnissen kein Bewenden behält.“

„Lassen Sie mich mitgehen, Herr von Solmitten!“ sagte sie unbefangenen. „Ich sehe das Herabfallen des Alters so gerne.“

„Ich wurde zufällig Zeuge eines Gespräches, aus dem ich es unschwer entnehmen konnte.“

„Achtung! — Vorsicht! — Los!“ schallte es herüber. Rärmel raffte die Unterseite durch die Klüfte. Ein kurzer Ruck, und beinahe unbemerkt lag die „Alphrodite“ in dem grünen, durchsichtigen klaren Wasser der Rede.

